

# Hermannstädter Zeitung

vereinigt mit dem

# Siebenbürger Boten.

Er scheint  
in Ausnahmefällen  
Sonntags täglich, kostet  
für das halbe Jahr 5 fl.,  
das Vierteljahr 2 fl. 50 kr.,  
ein Monat 85 kr.

Mit  
Postversendung:  
Im Inlande:  
halbjährig 7 fl., viertel-  
jährig 3 fl. 50 kr., 3. W.  
Im Auslande:  
vierteljährig 4 fl. 50 kr.  
Redakteur u. Eigen-  
thümer  
Th. Steinhaufen.

Inserate  
aller Art werden in der  
Steinhaus'schen Buch-  
druckerei angenommen; für  
den Monat 10 kr., für 3  
Monate 25 kr., für 6  
Monate 45 kr., für ein  
Jahr 80 kr. In der  
Annoncenbureau A. Oppe-  
lik Wollzeile 22 und Has-  
senstein & Vogler Neuer  
Markt 11; für's Ausland  
Hassenstein & Vogler in  
Berlin, Hamburg, Frank-  
furt a. M., Basel u. Paris.  
Das einmalige Einrüden  
einer einseitigen Annon-  
ce kostet 10 kr., das 2. Mal  
5 kr., das 3. Mal 3 kr., das  
4. Mal 2 kr., das 5. Mal  
1 kr., das 6. Mal 50 Pf.

Abonnements-Bureaus: In Mediasch bei Herrn Joh. Hedrich; in Schäßburg bei Herrn G. J. Habersang, Buchbinder; in Szafwegen bei Herrn J. G. Kinn, Kaufmann; in Broos bei Herrn J. F. Leonhardt, Kaufmann; in Mühlbach bei Herrn J. Leonhardt, Kaufmann; in M. Várhely bei Herrn J. Wittich's Buchhandlung; in Klausenburg bei Herrn J. Stein, Buchbinder; in Bistritz bei Herrn G. Schell, Lehrer; in Kronstadt bei Herrn Heinrich Zeidner, Buchbinder; wofür die Abonnements-Beträge franco erheben werden.

Nr. 15.

Hermannstadt, Dienstag am 18. Januar

1870.

## Telegramm

„Hermannstädter Zeitung v. m. d. Siebenbürger Boten.“  
Pest, 17. Januar. Laut „Lloyd“-Telegramm ist die Ernennung eines Ungarn zum gemeinsamen Finanzminister ausgemacht.  
Die Minister Graf Taaffe, Graf Potocky und Berger wurden entbunden; Plener mit der Cabinetbildung betraut.

## Amtliches.

(Ernennungen.) Das k. ung. Finanzministerium hat den Finanzkonsipisten Nikolaus Brenner, dem Aerialarchiv-Offizial Ferd. Rebmley, den Finanzkonsipisten Franz Belanyi, und Finanz-Hilfskonsipisten Bela Nagy zu Ministerialkonsipisten ernannt. — Ferner Joseph Müller zum Kontrolor beim Oberbaubureau zu Pest, und Joseph Petolt zum Kassier beim Verzehrssteuerbureau auf der Scroffler Linie. (Namenänderung.) Julius Glend, Weiser Inasse, in „Erdébi.“

## Aus dem ungarischen Reichstage.

Pest, 15. Jänner. Präsident Somfisch eröffnet die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses nach 10 Uhr. Die Bänke der Deputierten zeigen noch immer viele Lücken. Auf den Ministerbänken Gervé und Könyv.

Das Protokoll der jüngsten Sitzung wird angelesen. Der Präsident fordert die Deputierten der Sektionen auf, dieselben zur Beratung des Gegenwärtigen über die Aufstellung des obersten Staatsrechnungshofes je eber zusammenzubekommen; der Präsident meldet hierauf folgende Einläufe an; der Causarum-Regalium-Direktor Johann Szabó bittet um die Erlaubnis, gegen den Abgeordneten Dr. Szegedy Milerich einen Einspruch in der Nummer 118 des von ihm redigierten Blattes „Zászló“ erschienenen Artikels einen Verstoß anzurechnen zu lassen. Wird der Immunitätskommission zugewiesen. Die historische Abteilung der ungarischen Akademie als eines vom Staate subventionirten Institutes überleitet in 53 Bänden das Requirat ihrer mehrjährigen Thätigkeit für die Reichstagsbibliothek, wird zur Kenntnis genommen. Das Budget des Hauses für den Monat Jänner wird vorgelegt; dasselbe wird in Druck gelegt und für Montag auf die Tagesordnung gesetzt; der Abgeordnete Wolfgang Verhien legt aus Gesundheitsrücksichten seine Stelle als Mitglied des Finanzausschusses nieder; das Haus wird nächsten Dienstag die hiedurch notwendig werdende Renewal vornehmen; mehrere Gesuche von Jurisdiktionen werden der Petitionskommission zugewiesen.

Die Abgeordneten Ladislav Gondó, Gabriel Várady, Ladislav Berzenczy und Karl Bobory überreichen Gesuche, welche der betreffenden Kommission zugewiesen werden; Franz Deák legt das Gesuch der Stadt Pest um die Bewilligung der Gerichtskosten vor. Wird an den Finanzausschuss gewiesen.

Daniel Tránsi interpellirt den Minister des Innern aus Anlaß der bekannten Verfügung der Pest-Behörde, wonach einige Individuen wegen der Straßen-Portage des Könyv'schen Briefes in Angelegenheit des Honvéd-Inspektors arrestirt und mit Geldstrafen belegt wurden: 1. ob er jene Ministerial-Verordnung aufrecht erhalten will, welche unterm 5. Juli 1867 an die Stadt Pest gerichtet wurde, und welche die Kreuz zur Straßen-Portage von Durchschritten von der vorhergehenden Erlaubnis des Bürgermeisters abhängig macht, und 2. auf welchem Geheiß diese Verordnung basirt? (Lebhafte Beifall von der äußersten Linken.)

Ladislav Berzenczy bittet das Haus, dem gegen ihn vom Pest-Kriminalgerichte eingeleiteten Prozeß freien Lauf zu lassen und das diebische Gesuch der Gerichtsbekörde nicht, wie gestern beschloffen wurde, erst an die Immunitätskommission zu weisen, sondern sofort in bejahendem Sinne zu entscheiden. (Lebhafte, allgemeiner Beifall.)

Josef Zuffi: Mit Vöörformény habe sich derselbe Fall zugetragen; damals habe aber das Haus ausgesprochen, daß ein Abgeordneter seiner Immunität nicht entzogen könne. Das Gesuch des Kriminalgerichtes möge also ordnungsmäßig behandelt werden.

Präsident: Ganz analog war auch der Milerich'sche Fall, dieser habe verlangt, daß der Prozeß gegen ihn angestrengt werde; allein das Haus sprach es aus, daß über die Immunität eines Abgeordneten nicht der einzelne Abgeordnete, sondern das ganze Haus zu wachen habe.

Das Haus beschließt, das Gesuch des Pest-Kriminalgerichtes ordnungsmäßig zu behandeln; Berzenczy bittet, das Gesuch mindestens so zu erledigen; der Präsident ertheilt dem Obmann des Immunitätsausschusses in diesem Sinne die Weisung.

Sabos Bukovics richtet an den Minister des Innern folgende Interpellationen: 1. Hat er Kenntnis von dem jüngst in allen Blättern mitgetheilten Falle, daß eine junge ungarische Dame, welche auch hier im Abgeordnetenbureau durch ihr auffälliges Benehmen auf der Galerie Aufsehen erregt hatte und an welcher Zeichen der Weisheit wahrgegenommen wurden, in Wien verhaftet und gleich einer gemeinen Verbrecherin auf rothe Weite vor Schub nach Ungarn geschickt wurde, so daß sie nach 12tägiger Reise in verammertem Zustande und elend herabgekommen in Pest eintraf? 2. Wenn dieser Fall seine Aufmerksamkeit erregt hat, möchte er nicht eine Untersuchung anordnen und das Publikum bald wissen lassen, ob jene empörenden Berichte wahr oder unwahr seien? 3. Wenn dieselben unglücklicher Weise wahr sind, in welcher Weise will er gegen jene jurisdiktionalen Organe vorgehen, welche an der persönlichen Freiheit und Sicherheit eine so flagrannte Verletzung begangen? 4. Wenn der mög-

licher Weise bloß temporäre Maßnahme des unglücklichen Mädchens in Folge der eilfertigen Behandlung sich zu einer dauernden Geistesstörung verschlimmert haben sollte, welche eine fortwährende Pflege nöthig machen wird, möchte der Minister die schuldtragenden Beamten nicht auch zur Tragung der Verpflegungskosten verhalten? 5. Möchte er nicht auch die Resultate der Untersuchung in Bezug darauf mittheilen, ob der Schub durch ungarische oder durch Wiener behördliche Organe angeordnet wurde, und in letzterem Falle, welche Wege stehen offen, um die eisleithanischen Organe — im Wege ihrer Behörde — zur Verantwortung zu ziehen? 6. Welche Garantien bietet der Minister dafür, daß ähnliche Fälle nicht mehr vorkommen und namentlich Wahnsinnige nie mehr durch den Schub in ihre Heimath befördert werden?

Die Interpellationen Tránsi's und Bukovics' werden dem Minister des Innern zugestellt, worauf das Haus zur Tagesordnung übergeht, auf welcher bekanntlich der allgemeine Bericht des Finanzausschusses über das 1870'ger Budget steht.

Dieser Bericht, der in den Blättern bereits wörtlich mitgetheilt wurde, wird verlesen, worauf der Referent des Finanzausschusses Franz Pálffy in einigen Worten sich entschuldigt, daß er, ohne eingehendere Vorbereitung, das Referat statt des erkrankten Abgeordneten Franz übernommen habe; der Bericht selbst sei so klar und eindeutig, daß jede weitere Erörterung seinerseits unnöthig sei; doch behalte er sich vor, zum Schluß der Debatte etwa dazugehörige Einwände zu widerlegen.

In der Generaldebatte selbst nimmt als erster Redner Koloman Tisza das Wort. Er erklärt, daß er seine einzelnen Bemerkungen bei der Beratung der Detailpositionen machen werde; bei dieser Gelegenheit wolle er bloß den allgemeinen Eindruck schildern, den der Bericht des Finanzausschusses auf ihn mache. Derselbe biete ein sehr trauriges Bild von der finanziellen Lage Ungarns; ein Bild, welches beweise, daß die Opposition Recht hatte, als sie im Jahre 1867 behauptete, das Land könne die materiellen Lasten, die es in Folge des Ausgleichs übernommen, nicht ertragen. Das vorliegende Budget sei kein zu hoch gegriffenes; im Gegentheil, man möchte fast jede einzelne Position, nicht etwa vermindern, sondern höher ansetzen. Und trotz dieses Sparsams, trotzdem, daß jede nur halbwegs ansehnliche Ausgabe sorgfältig im Staatsbudgetarium gezeichnet wurde, zeige sich ein bedauerndes Deficit.

Dies beweise, daß das Land selbst eine ordentlichen Ausgaben nicht decken könne, und wenn wir über die ordentlichen Ausgaben hinaus nützliche Investitionen vornehmen wollen, so können wir dies bloß im Wege öffentlicher oder privater Anleihen thun; nachdem aber selbst die nützlichsten Investitionen erst nach einer längeren Reihe von Jahren rentabel werden, so haben wir bis dahin einer Reihe von Defiziten entgegenzusehen, die uns ruiniren kann. Gegenwärtig können wir für unsere dringenden Bedürfnisse bloß lächerlich kleine Summen auswerfen; Redner verweist diesbezüglich auf die Posten für den öffentlichen Unterricht und wissenschaftliche Zwecke und er fragt, ob es wohl Jemandem im Hause gebe, der für diese Zwecke nicht gern fünf- oder sechsmal so viel votiren möchte, als im Budget gefordert wird? Und doch können wir dies nicht, weil die Ausgaben schon in ihrer gegenwärtigen Höhe unsere Einnahmen weit übersteigen.

Diesem Uebel kann nur so abgeholfen werden, wenn wir an jenen Kosten sparen, über welche in Folge des Ausgleichs leider nicht das ungarische Parlament bestimmt; die Kosten der Armee müssen verringert werden, denn sonst geht das Land finanziell zu Grunde. Nach diesen allgemeinen Bemerkungen übergeht Redner zum Generalberichte des Finanzausschusses und er verlangt, das Haus solle protokolllarisch ausprechen, daß es erwarte, das Ministerium werde bei der Ausarbeitung des nächstjährigen Budgets alle Winke und Bemerkungen beachten, welche in dem Berichte enthalten sind. Eine Frage von besonderer Wichtigkeit die bei der gegenwärtigen Budgetdebatte gelöst werden soll und die auch im Berichte des Finanzausschusses erwähnt wird, ist die Frage der Pensionen; Redner wünscht auch diesem Gegenstande gegenüber eine protokolllarische Erklärung, daß das Haus sich die Ansichten des Finanzausschusses aneigne, und das Ministerium anweist, mit dem nächsten Budget einen Gesegenswunsch über die Regelung der Pensionen vorzulegen. (Beifall von der Linken.)

Franz Deák spricht sich gegen die sofortige Verhandlung des letzteren Antrages Tisza's aus; vor allem müsse das Haus erklären, daß es den Generalbericht des Finanzausschusses im Allgemeinen annehme; dann hat die Specialdebatte zu folgen und im Verlaufe der Specialdebatte wird auch jener Punkt des Berichtes verhandelt werden, der sich auf die Pensionen bezieht, dann oder kann das Haus protokolllarische Bemerkungen beschließen, Anträge annehmen u. s. w. (Beifall.)

Paul Moricz kann das Budget vom national-ökonomischen Gesichtspunkte aus nicht billigen; an der Hand von Vergleichsdaten beweist er, daß die Zentralregierung in Ungarn viel theurer sei als beispielsweise in Belgien. Dritten betragen die Ausgaben 298 Millionen, bei uns 191, das ergibt einen Unterschied von 107 Millionen, während derselbe doch verhältnismäßig viel größer sein sollte. Unser Steuersystem macht, daß wir die durch diese Ausgaben und aufzulegenden Kosten noch viel härter fühlen. So bringt die Personalverwaltung in Ungarn bloß um etwa 40,000 fl. weniger ein als in Belgien, welches doch eine viel größere Bevölkerung habe und wo die Bevölkerung auch im Winter einen Erwerb hat, während sie bei uns zur Winterzeit nicht arbeitet. (Rufe von der Rechten: Aus! Aus!) Er acceptirt übrigens das Budget, aber mit der deutlichen Erklärung, daß er immer für die strengste Einhaltung des Sparplans stimmen werde.

Baron Gabriel Kemény unterzieht zunächst den Generalbericht des Finanzausschusses einer allgemeinen Kritik. Er hätte gewünscht, daß der Ausschuss nicht bloß die Ausgaben, sondern auch die Einnahmen des Staates, sowie die Bilanz eingehend begutachte; dies sei jedoch leider nicht geschehen. Die finanzielle Situation sei seiner Meinung nach nicht so

schwarz, wie Tisza sie malt; die Steuerkraft des Landes nehme zu, die Investitionen werden ihre Früchte tragen, der Wohlstand hebe sich, man könne das Beste hoffen. Was die Frage der Pensionen betreffe, so halte er dieselbe zwar auch nicht für eine rein juristische, doch könne er es anderseits nicht billigen, daß man daraus von Zeit zu Zeit politisches Kapital schlagen will. Die Frage der Pensionen gehöre ins Gebiet der Transaktion, und er halte einen Ausgleich der Interessen in dieser Frage vom Gesichtspunkte der Opportunität aus für zweckmäßig und korrekt. Er acceptirt den Generalbericht im Allgemeinen. (Beifall von der Rechten.) (Schluß folgt.)

## Aus dem österreichischen Reichsrathe.

Wien, 14. Jänner. (Herrnhaus.) Die Abrede hat heute im Herrenhause begonnen. Die Theilnahme des Publikums war keineswegs so groß, als man es erwartete und vorausgesetzt hatte; weder von Seite des Publikums, noch von Seite der Mitglieder des Hauses zeigte sich ein außergewöhnliches Interesse für die Angelegenheit. Der Präsident Fürst Carl Auerjerg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 45 Minuten. Auf der Ministerbank sind erschienen: Taaffe, Potocky, Siska, Hasner. Nach Genehmigung des Protokolls werden die Einläufe verlesen, worauf zur Verhandlung über die Adresse übergegangen wird. Berichterstatter Graf Anton Auerjerg verliest dieselbe nach einigen einleitenden Worten, indem er dem Bedauern Ausdruck gibt, daß nicht rücksichtlich aller Punkte der Adresse eine Uebereinstimmung sämtlicher Kommissionsmitglieder zu erzielen war.

In der Generaldebatte haben sich als Redner eingetragen lassen: Für den Entwurf der Majorität: Hofrath v. Arnech, Baron Pratorobevera und Hofrath Dr. Neumann; gegen denselben Fürst Lokkowitz.

Fürst Lokkowitz (gegen den Entwurf) erklärt, daß die Minorität in dem ganzen Entwurfe den Ton der Verächtlichkeit und des Gegenkommens vermißt. Auch die Minorität setze auf legalem Boden, allein sie ist gleichzeitig überzeugt, daß die Erfüllung der Wünsche der heutigen Opposition nicht nur möglich, sondern auch notwendig sei, und nur die Gelegenheit habe bisher gefehlt, die Autonomie vollkommen herzustellen. Nach der Ansicht der Minorität müsse den Eigentümlichkeiten und Gewohnheiten der einzelnen Länder der größte Spielraum gewährt werden, soweit die einheitliche Kraft des Reiches nicht gefährdet erweise und die einem einzelnen Lande verliehenen Rechte nicht Privilegien gleichkommen. Eine Lockerung der Staatsgewalt werde nicht angeht. Man könnte einwenden, daß auch die Reichsgesetzgebung den einzelnen Ländern Geltung geben könne, und daß die Ausdehnung der Länder-Autonomie zu diesem Zwecke nicht nöthig erweise. Allein dieser Trost müsse sehr gering erweisen, wenn man so manches Reichsgesetz beobachtet, welches nur Grundzüge aufstellen will, aber viel weiter geht. Der Sinn für Gleichberechtigung der Nationalitäten scheint ganz abhanden gekommen, durch fortwährende Verleumdungen wird das Innere geoffen und doch habe der Kern des Volkes die ganze Heterogenität vollkommen satt. Nur die extraordinären Meinungen kommen an die Oberfläche, mit denen sich allerdings nicht partiren lasse. Allein, wie die Geschichte lehre, haben solche Kräfte, wie die gegenwärtige in Oesterreich, stets mit Compromissen geschlossen, und einen solchen Compromiß erwarte die Minorität auch diesmal, zumal es nicht glaublich erweise, daß die einzelnen Länder nicht in vielen Beziehungen maßgebend sein werden. Dazu ist aber auch ein Gegenkommen von der anderen Seite, keine harte Negation, notwendig.

Der echt österreichische Grundgedanke, daß Oesterreich der Schutzherr aller Nationalitäten ist, solle den Staatsgedanken bilden (Prav! recht!) Das in der ganzen civilisirten Welt hochgeachtete deutsche Element sei durch die Bestrebungen der Nationalitäten nicht gefährdet. Die Supposition einer Gefahr biete dem deutschen Element ein Armuthszeugniß auf. Der Ausgleich sei eine politische Nothwendigkeit für beide Parteien, er müsse daher zu Stande kommen. Dies wolle Redner nachweisen.

Den Fall vorausgesetzt, daß die Adresse der Majorität angenommen würde, so liegt es heute schon zu Tage, daß die Erbitterung und Misstimmung in manchen Ländern wachsen werde. Dann aber werde so manche noch heute gut besetzte Bank im Abgeordnetenbureau sich leeren, und was dann kommen solle, ein solcher Zustand, einzig in seiner Art, noch haltbar sei, müsse man sich ernstlich fragen. Die Verhältnißliche müsse vollkommen eintreten.

Redner erklärt, daß es der Minorität zur besonderen Befriedigung und Ueberzeugung gereiche, ihre Anschauung in der Ironie widergespiegelt zu sehen. Wir stehen, sagt Redner, an einem Wendepunkte, wir müssen wählen zwischen zwei Prinzipien; das eine Prinzip will harte Festhalten, das zweite alle mit der Reichseinheit vereinbarlichen Koncessionen gewähren. Die Wege beider Parteien sind verschieden, das Ziel identisch, nämlich die Verfassung zum Wohle der Völker, zum Gemeinwohl auszubilden. Die Differenz bestehe nur in den Mitteln und dem Wege.

Redner wirt zum Schluß die Frage auf, ob man die große Verantwortung auf sich laden wolle, jetzt schon den Faden der Verbindung zu zerreißen, ohne auch Versuche zu einer Annäherung gemacht zu haben. (Bravo! recht!)

Ritter von Arnech: Sowohl die vielfachen Stimmen, welche bisher im Wege der Adresse die Fäden von dem hochverehrten Herrn Vorredner vertretenen Anschauung bekräftigten, als auch der Herr Vorredner selbst haben den Grundgedanke von der Veröhnung aller Parteien an die Spitze ihrer Ausführungen gestellt. Die Regierung und der Reichsrath sollen sich vereinigen, um allen Völkern brüderlich die Hand zu reichen, und auf dem Boden der umgestalteten Verfassung sich zum ungetrennten Zusammenleben zu verbinden. Es ist das ein schöner, erhabener Zweck, und wo von

STEIN,  
Graben 17.

redit-Bank,  
om 10. Januar 1870.  
das obbenannte Actien-Ge-  
Handel, Gewerbe und Land-  
ten constituir, mit Eröffnung  
Kamkeit beginnt.

Maros-Vásárhely.  
Szász.

berkauf.  
eschenken  
in welchem sich unsere seit 20  
Herlage befindet, müssen wir  
in kein passendes Local gefun-  
verkauft und laden den hohen  
ten und besterrenomirten Fabri-  
Baaren, da unter Fabriksgeheiß  
undmetall weiß ist (in Folge  
reiche von besten Silberwaaren:

rik in Wien.  
1-36

Stuttgart, Basel.  
GLER  
& Vogler.



auf die Thronrede abzuwarten. Allein durch das neue Programm der Majorität, in welchem dieselbe von dem Programme der Thronrede zurücktrat, wurde eine neue Schärfe erzeugt. Die Majorität der Regierung, welche auch die Majorität des gegenwärtigen Reichsraths für sich haben dürfte, steht nun dem Reichsrathe gegenüber nicht mehr für die Thronrede ein. Es kann dies dem Reichsrathe berechnen, der Thronrede allerdings die Verantwortung auszugeben, daß das Programm der Thronrede unter diesen Umständen die Faltung der Adreßdebatten und die Richtung der Adressen des Reichsraths schwer empfinden; sie wäre aber auch nicht in der Lage darauf irgend einen Einfluß zu nehmen und zu üben. Die eruchtsvollst unterzeichnete Minorität glaubt daher, daß vorläufig die allergnädigste Enthebung der eruchtsvollst unterzeichneten von ihren Aemtern den Weg zu dem weiteren streng konstitutionellen Vorgehen eben und erleichtert wird. Die eruchtsvollst unterzeichnete Minorität glaubt daher, daß vorläufig die allergnädigste Enthebung der eruchtsvollst unterzeichneten von ihren Aemtern den Weg zu dem weiteren streng konstitutionellen Vorgehen eben und erleichtert wird. Die eruchtsvollst unterzeichnete Minorität glaubt daher, daß vorläufig die allergnädigste Enthebung der eruchtsvollst unterzeichneten von ihren Aemtern den Weg zu dem weiteren streng konstitutionellen Vorgehen eben und erleichtert wird.

Laaffe m. p. Petocki. m. p. Berger m. p.

Inland.

Peft, 15. Januar. Die Sieberkunft des Banus Rauch wird als Einleitung zu seiner Demission angesehen. Laut dem Schlussberichte des Finanzaußschusses würde das Sieberjahr-Budget 7.660.839 Gulden Deficit ergeben.

Der Abgeordnete Rakocz y ist in die Kabaly'sche Wechselräufung verwickelt. Nach der neuesten Zählung besitzt Peft 200,824 Einwohner.

Der Ungarische Lloyd fordert die Vergewaltigung, namentlich die Aktien-Gesellschaften, und das Ministerium auf, die Auswanderung der Waldarbeiter Grubenarbeiter nach Ungarn zu veranlassen.

Aus Agr am wird untern 10. d. dem H. Fr. U. geschrieben: Die von zuverlässiger Seite versichert wird, ist Graf Andráffy bemüht, für Baron Rauch einen Nachfolger zu suchen, da er aber keine geeignete Persönlichkeit findet, welche Willens wäre, den unter den jetzigen Verhältnissen schwierigen Posten eines Banus von Kroatien zu übernehmen. Baron Rauch's Stellung ist nämlich nicht nur gegenüber den ungarischen Regierungen, sondern auch gegenüber den Hofkreisen vollständig gesichert. Man hat den Grafen Jankovic und den Grafen Nugent, derzeit Oberst in der Armee, als diejenigen Personen bezeichnet, denen man die Banuswürde angetragen hat, die aber Beide abgelehnt haben sollen.

Wien, 14. Januar. Die in Füssen begriffenen Banken: niederländische und Agrar-Bank beabsichtigen noch eine Fusion mit der Wiener-Bank und mit zwei Provisions-Banken.

Wien, 15. Januar. Der gemeinsame Finanzminister, Freiherr von Becke, ist heute Mittags halb ein Uhr gestorben. Nach langen schweren Kämpfen des kräftigen Körpers gegen ein unheilbares Leiden hat endlich der Tod ein Ziel gesetzt. Gestern empfing der Kranke die Tröstungen der Kirche bei vollem Bewusstsein und dieses verließ ihn nicht bis zum letzten Augenblicke.

Die Kabinetminorität erneuerte Angesichts der Haltung des Herrenhauses in der Adreßdebatte ihr Demissionsgesuch. Der Entscheidung des Reichsraths wird für morgen entgegensehen. Es ist wahrscheinlich, daß Fürst Adolf Auersperg zum Ministerpräsidenten ernannt wird.

Wien, 15. Januar. In später Abendstunde hören wir, daß Sr. Majestät der Kaiser die Demissions-Gesuche der Minister Graf Laaffe, Graf Potocki und Dr. Berger heute angenommen hat. Die Publication der a. h. Handbillschen ist in den allerersten Tagen zu erwarten. Eine Entscheidung über das Interimministerium, welches noch während der Adreßdebatte des Abgeordnetenhauses befehen wird, fehlt noch. Die Neubildung des Ministeriums wird unmittelbar nach der Adreßdebatte vor sich gehen.

Zu den Gläubigern der Linken des Abgeordnetenhauses wurde beschloffen, während der Adreßdebatte auf alle Amendements zu verzichten, und die Antirische Adresse unverändert anzunehmen.

Die „Abendpost“ meldet: Erzherzog Karl Ludwig geht in Erwiderung des Besuchs des preussischen Kronprinzen am 20. d. über Dresden nach Berlin, wo er sich drei Tage aufhalten und hierauf wieder nach Wien zurückkehren wird.

Car taro, 12. Januar. Die Crivobianer haben sich gestern unterworfen und unter Juvio-Rufen und Gewehrjahren Sr. Majestät Treue und Gehorsam gelebt.

Prag, 12. Januar. Der Redacteur der Narodni Listy, Herr Arbes, dessen Verurtheilung zu viermonatlichem Kerker in der dritten Instanz befehen wird, erhielt die Auforderung zum Antritte seiner Strafe. Die verlangte Wiederannahme der Verhandlung gegen Ferdinand Schulz, der sich nachträglich als Verfasser des Artikels nannte, wurde vom Landesgerichte bewilligt, da Herr Arbes in der Untersuchung erklärt hatte, den incriminirten Artikel selbst verfaßt zu haben.

Prag, 12. Januar. Auf einer Soirée beim Grafen Noth, woselbst auch Graf Egbert Belcredi anwesend war, wurde ein feierliches Programm vereinbart.

Prag, 13. Januar. Eine aus czechischem Lager stammende vollkommen glaubwürdige Nachricht versichert, daß niemals weder dem Grafen Laaffe, noch sonst einer Persönlichkeit von czechischer Seite zugesagt worden, den Reichsrath zu beschließen.

Die Czechenführer beschloffen, sämtliche czechische Ortsvorsteher zur Niederlegung ihres Amtes zu veranlassen, wenn die Minister-Majorität steigt. Graf Egbert Belcredi wird nächstens in Familien-Angelegenheiten hier erwartet.

Das Minoritäts-Memorandum hat in den Kreisen der deutschen Partei große Beifügungen hervorgerufen. Man sieht hier im Plane der Auflösung der jetzigen Vertretungskörper die Absicht, deutsche Minoritäten der österreichischen Provinzen dem slavischen Terrorismus auszuweisen, und befehen sich von dem allfälligen slavischen Zukunfts-Reichsrath die Decretirung der Wächtervereinerung Oesterreichs.

Die czechischen Blätter behaupten, das ungarische Ministerium sei für die Minister-Minorität gewonnen.

Prag, 14. Januar. Die deutschen Blätter verhorredeten in der entsehrlichsten Weise das Minoritäts-Memorandum. Die czechischen Blätter vermeiden auf ausgegebene Parole so viel als möglich die Diskussion desselben. Der Oberst-Landmarschall ist in Folge Vernehmung nach Wien abgereist.

Die czechischen Blätter erklären: Das Minoritäts-Memorandum sei nicht den Forderungen der Czechen entsprechend.

Nach einer eben eingetroffenen Mitteilung wird, falls Beuß bei der Abstimmung in der Adreßdebatte im Abgeordnetenhause nicht die politische Gesinnung seiner Wähler berücksichtigt, die Reichsberger Handelskammer ermahnt werden, den Grafen Beuß zur Mandats-Niederlegung aufzufordern.

Le mberg, 11. Januar. An die Stelle des verfassungstreuen Abgeordneten Doch anst (Wahlbezirk Brzezan, Großgrundbesitzer), welcher resignirt hat, kandidirt eine zahlreiche Partei Ziemiakowski. Die Neuwahl ist bereits ausgeföhren.

Rusland.

Berlin, 11. Januar. Im Befinden des verwundeten Grafen Wer küll (österreichischen Militärbevollmächtigten) ist keine Verbesserung eingetreten, vielmehr gibt Langenbed Hoffnung auf Wiederherstellung. (Mit dieser Nachricht dürfte wohl die nachstehende Notiz der heute eingetroffenen Berliner Blätter zusammenhängen: Ein Bischoffswahl fand hier am letzten Donnerstag zwischen zwei Mitgliedern der hohen Aristokratie statt, wobei Einer eine schwere Verwundung erhielt. D. Red.)

Auch die „Kreuzzeitung“ befähigt, das Zollparlament werde in diesem Jahre nicht zusammentreten.

Berlin, 12. Januar. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ demontirt eine Dresden'sche Correspondenz der „Patrie“, welcher zufolge zwischen der Regierung des norddeutschen Bundes Verhandlungen über Entwaffnung stattgefunden hätten.

Schw erin, 12. Januar. Von Seite der Regierung wurde die Vertagung des Landtages die Mitte Februar beschloffen.

Die Vertagung tritt ein, sobald die ordentliche Contribution bewilligt wird.

München, 11. Januar. Die Abgeordneten-Kammer beanstandet mit 77 (Ultramontane) gegen 64 (Liberalen) Stimmen die Bürgerwahl; der Eintritt der drei Bürger Abgeordneten ist suspendirt.

München, 12. Januar. Die Abgeordneten-Kammer wählte Weiß (Fortschritt's-Candidat) mit 78 Stimmen zum ersten Präsidenten. Graf Seinsheim (ultramontane) wurde mit 78 Stimmen zum zweiten Präsidenten gewählt. Barth hatte 56, Geel 6 Stimmen erhalten.

München, 12. Januar. (Sitzung der Abgeordneten-Kammer.) Nach der Präsidentenwahl, die bekanntlich zu Gunsten der Ultramontanen ausfiel, wurde zum ersten Secretär Jörg mit 79 Stimmen, zum zweiten Baron Dw mit 78 Stimmen gewählt. Demnach besteht das ganze Directorium der Kammer aus Ultramontanen.

Karlsruhe, 13. Januar. Die badische Abgeordneten-Kammer nahm fast einstimmig den Entsehrungsentwurf an, welcher die Lehr-aller-Confessionen zur Anstellung an gelehrten Schulen berechtigt.

Paris, 11. Januar. Das Jahres-Contingent von 100,000 Mann wird nicht vermindert werden, wie es hieß; es bleibt dabei, nur sollen einige Verurlaubungen eintreten.

Das Gerücht von der Uebertragung der Aiche Louis Philipp's ist unbegündet.

Paris, 12. Januar. (Sitzung des gesetzgebenden Körpers) Ferry verlangt, über die Verfassungswidrigkeit des obersten Gerichtshofes und demgemäß über die Verfassungswidrigkeit der ihn einberufenden Decrete zu interpelliren. Ditoier fordert den gesetzgebenden Körper auf, nicht zur Diskussion zuzulassen, was keine Interpellation, sondern ein Antrag ist, und zu erklären, daß der gesetzgebende Körper constituirende Gewalt besitze und daß angesichts des bestehenden Senats-Conjuls diese Interpellations-Forderung ungehörig sei. Das Haus geht zur Tagesordnung über.

Trotz des dazu auffordernden Artikels in der mit Beifugung belegten Nummer der „Marseillaise“ war heute kein Laden in Paris geschlossen, aber in vielen Werkstätten und Fabriken waren die Arbeiten eingestellt.

Die Commission des gesetzgebenden Körpers hat sich für die Erhaltung eines gerichtlichen Einspruchs gegen Kochfort entschieden.

Paris, 12. Januar. Paris ist fortwährend ruhig. Zweifelsohne wird der gesetzgebende Körper die Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung Kochfort's ertheilen.

Dem Wunsch des Prinzen Peter Bonaparte und dem Volkswunne entsprechend, wird der Proceß gegen den Prinzen vor den Ästien stattfinden.

Morgen Mittags um 1 Uhr wird das Begräbniß Viktor Noir's (Viktor Salomon) stattfinden. Der Vater des Gestorbenen sammt Familie drücken öffentlich den Wunsch aus, daß Demonstrationen und Grabreden vermieden werden möchten.

In Bezug auf die orientalische Politik soll Graf Daru dem Kaiser erklärt haben, das Kabinett werde die volle Integrität der Türkei anstreben zu erhalten suchen.

Es ist Thatsache, daß Graf Kavalette, General Fleury und Herr Benedetti ihre Demission eingereicht haben.

Donnerstag findet das Leichenbegängniß V. Noir's statt, bei welcher Veranlassung die Partei Kochfort erfolgreiche Demonstrationen ins Werk zu setzen hofft. Die Sicherheitsbehörden treffen jetzt bereits die gebotenen Vorkehrungen dagegen.

Paris, 13. Januar. Das Leichenbegängniß des durch den Prinzen Peter Bonaparte gedörrten Journalisten Viktor Noir findet heute statt. Trotz des Regens ziehen zahlreiche Scharen zu der Trauerfeierlichkeit durch die Rue St. Honoré und die Rue Rivoli.

Am 2 Uhr haben sich in Neuilly 12- bis 15,000 Personen versammelt. Das Wetter hat sich wieder aufgehheitert.

Die „Marseillaise“ wurde heute Morgens wegen Aufreizung zum Haß gegen die Regierung und Aufforderung zur Waffenerhebung mit Beifugung belegt.

Man versichert, daß die Voruntersuchung in der Affaire von Auzel beinahe beendet ist. Die Anklagkammer des obersten Gerichtshofes wird heute oder morgen eine Entscheidung treffen können.

4 Uhr 17 Minuten Nachmittags. In Neuilly hat sich eine zahlreiche Menschenmenge eingefunden. In Auzel, welcher die Menge von einem Fenster des Trauerhauses aus heranzugarte, wurde oft durch die Rufe: „Es lebe Kochfort!“ unterbrochen. Weder Soldaten noch Polizei waren zu sehen. Um halb 3 Uhr brachte der Leichenwagen den von einer ansehnlichen Menge gefolgten Leichnam auf den Friedhof.

Ein Theil der Menge kehrte ruhig nach Paris zurück. Bis zum gegenwärtigen Augenblicke hat Paris sein gewöhnliches Aussehen.

Trotz der hunderttausend Anwesenden ist außer einigen entwürtelten Alleenbumen, Dank teilweise dem Hagel- und Regenwetter, kein Unglücksfall bei dem heutigen Leichenbegängniß Viktor Noir's zu beklagen. Als der Leichenzug in Auzel begann, schrien wohl 30,000 Stimmen: „Auf, nach Paris!“ und auch andere anti-gouvernementale Rufe törrten, aber der Bruder Viktor Noir's beschwor die Versammlung, um seines todrten Bruders willen die Ruhe nicht zu stören.

Die zur Vorbereitung über das Ansuchen wegen Erlaubnis zur gerichtlichen Verfolgung Kochfort's ernannte Commission ist diesem Verlangen gänzlich. — Die Sitzung des gesetzgebenden Körpers wurde um 2 1/2 Uhr eröffnet.

Es verlautet das Gerücht, daß die zahlreiche Menge, welche dem Leichenbegängniß Viktor Noir's beizwohnte, sich vor das Palais des gesetzgebenden Körpers zu begeben beabsichtige.

Man vernimmt, daß Kochfort, der eine schwachnervige Constitution hat, bei dem Leichenbegängniß Noir's in Neuilly ohnmächtig wurde, so daß man ihn in eine nahegelegene Apotheke bringen mußte.

Graf Daru gab in der heutigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers bekannt, der Ministerrath habe in Uebereinstimmung mit dem Souverän beschloffen, daß die Mitglieder des geheimen Rathes in keinem Falle an den Ministerrath'ssitzungen theilzunehmen haben.

Das „Journal Officiel“ veröffentlicht ein Dekret, wodurch die Anklagkammer des obersten Justizhofes einberufen wird, um über die von Comte gegen den Prinzen Murat gerichtete Klage abzuurtheilen.

Auribeau wurde zum Generaldirektor für Personal-Angelegenheiten im Ministerium des Innern und Eduard Blanc zum Generalsecretär desselben Ministeriums ernannt.

Ein Rundschreiben des Ministers des Innern, Chevandier, vom 12. Jänner an die Präfekten konstatirt die liberale Umgestaltung der Regierung und sagt: Die Pflicht des gegenwärtigen Cabinets sei es, die neuen Prinzipien in Anwendung zu bringen und sie in das öffentliche Leben bringen zu lassen. Das Ministerium wird die Verbindung des Kaiserthums mit der Freiheit energisch verfolgen. Diese Politik setzt vor Allem voraus und erfordert die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung. Die Regierung wird keinerlei Unordnungsbücherei dulden, ist aber gleichzeitig entschloffen, jeden willkürlichen Akt, jede Ausdehnung der Regierungsgewalt, wer immer deren Urheber auch sein möge, zu ahnden.

Das Rundschreiben betont die Wahlfreiheit, empfiehlt, das Stimrecht der Bürger gegen ungezüglichen Druck zu schützen, ebenso die regelmäßige Thätigkeit der Wahlcomités nicht zu behindern, die Verwaltung der Politik nicht unterzuordnen und mit gleicher Unparteilichkeit die ehrenhaften Leute aller Meinungen zu behandeln.

Das Rundschreiben sagt schließlich: „Die durch den Senats-Conjult eröffnete Politik sichert die Stabilität unserer Institutionen und hat ein Recht auf die legale Unterstützung aller wohlmeinenden Leute. Ihre Unterstützung wird um behilflich sein, sie endgültig zu begründen, indem sie um und um den Thron alle feindsinnigen und konservativen Kräfte der Nation scharren wird.“

Die „Patrie“ meldet, die Regierung habe die Opportunität anerkannt, die Anwendung der Bestimmungen für temporäre Einfuhrzulassung bezüglich der Röhnergattungen aufzuheben, sie warte aber vor einer definitiven Entscheidung das Resultat der Kammerberatungen über das Zollregime ab.

Der „Agence Havas“ wird aus Rom vom 11. Jänner gemeldet: In ultramontanen Kreisen wird versichert, daß die Petition um die Aufhebung zahlreicher Unterstufen, ungerichtet diejenigen der spanischen Bischöfe, zähle. Die Petition einiger Bischöfe gegen das organische (?) Concil hat zu keinem Resultate geführt.

Ihre Majestät die Kaiserin von Oesterreich reist die nächste Woche ab. London, 9. Jänner. Der Sturm hat umfassende Verheerungen auf Land und Meer angerichtet. Von Plymouth, Southampton, Cornwall Newcastle und Gort werden Schiffbrüche gemeldet.

Local- und Tagesnachrichten.

Her mannshadt, 17. Januar.

— (Daru.) Der jetzige französische Minister des Aeußern, Graf Daru schwebt in Gefahr, von einigen Ungarn als Landmann reclamirt zu werden. Es liegt uns diesbezüglich folgende Mittheilung vor: „Die Achten des französischen Ministers Daru (bedeutet im Ungarischen Kranich) waren Ungarn. Franz Rakocz y hatte nämlich vor dem Stahmarer Frieden einen geheimen Unterhändler, Namens Michael Daru an den französischen Hof entsendet. Während dieser in Paris und Versailles seiner geheimen Sendung eifrig oblag, kam der Stahmarer Friede zu Stande, in Folge dessen Rakocz y nach der Türkei flüchtete. Daru erparcirte sich freiwillig und blieb in Frankreich. Sein Sohn heiratete dafelbst und wurde in den Grafenstand erhoben. Der jetzige Minister des Aeußern soll demnach in grader Linie von diesem Daru abstammen.“

Wir geben diese Genealogie, wie wir sie erhalten. Die Geschichtsforscher mögen nun — wenn sie es der Mühe werth erachten — die Sache „quellenmäßig“ weiter verfolgen.

Wohl wir gerade von Namen sprechen, dürfen wir nicht unerwähnt lassen, daß die romanischen Racen aus dem nahen Reichthum und Sphäre alle Rakocz y's, somit auch den Deputirten bei der äußersten Linken, Johann Rakocz y als ihrer Familie entsproffen ansehen und daß zahlreiche romantische Bauern aus dem nahen Poplata und Katova, welche den Namen Condé führen, von den französischen Prinzen Condé herkommen wollen.

— (Für Jäger.) Gestern schoß ein Hermannshadter Jäger einen Wachtelkönig. Es ist das ein in den Annalen des Waldwerkes nahezu noch nie dagewesenes Phänomen. Mitte Jänner einen Wachtelkönig schießen, wo doch bei regelmäßigen Verläufe der Jahreszeiten die Wachtelkönige bei uns frühstens gegen Ende Mai, wo die Fruchtsaaten schon hübsch hoch stehen, gesehen werden können! Der gestern erlegte Wachtelkönig dürfte sich allem Anscheine nach bei dem Zuge in Folge eines Unfalles veripärrt haben und zurückgeblieben sein; da er sich bisher erhalten konnte und nicht ertrunken ist, liefert einen schlagenden Beweis für das bisherige Ausbleiben des heurigen Winters.

— (Vierlinge.) In Uedbian (Böhmen) wurde am Dreikönigstage eine Frau von vier Kindern, zwei Knaben und zwei Mädchen entbunden und brachten sich die Mutter die Mutter ist ganz wohl.

— (Ein Vater mit drei Kindern ertrunken.) In Ruetersdorf ging am vorigen Tage ein Schiffmann Sauer mit dreien seiner Kinder um die Weltaufstände über den sogenannten Kaiser, um sich nach seinem im See liegenden Rabe zu begeben. In der Mitte des Sees begann plötzlich die kaum 2 Zoll hohe See zu wehen, so daß alle vier Personen sofort im Wasser verschwanden. Die von vielen herbeigeeilten Personen unweilich angestellten Rettungsversuche, bei denen noch mehrere eintrudeln und in Lebensgefahr gerathen, waren fruchtlos. Am Abend wurden alle vier Leichen aufgefunden.

— (Sechzehn Kinder ertrunken.) Am 9. d. M. Nachmittags sind, wie die „Bresl. Ztg.“, in dem Rautzer See, eine Meile von Liegnitz entfernt, sechzehn Kinder ertrunken; dieselben sollen auf einer Eisescholle des Sees, die plötzlich barst, geipielet haben.

Programm

für die Mittwoch den 19. Jänner 1870, 5 Uhr Abends abzuhaltenen Communitäts-Sitzung.

Verhandlungsgegenstände.

- 1. Schätzungs-Protokoll über die an das L. A. rater zu übergebende fädt. Kofersgeräthe.
2. Bericht der Kaiserverwaltung betreffend die Abfindung mit den für das Jahr 1870, verpflichteten Lieferanten der Kaisererfordernisse.
3. Besuch der Gemeinde Kornebell um Holz zum Brückenbau aus dem Stadtwalde bei Kornebell.
4. Ansuchen der Franz-Josef-Spitals-Verwaltung um Verabfolgung von 40 Scheuderspäßen.
5. Collaudirung der in der Ettiaberghasse bewirkten Pflasterungsarbeiten.
6. Collaudirung über die Herstellung der Fingerlingsbrücke.
7. Besuch des Carl Engler um Abtretung von Stadgrund an denselben.
8. Bericht des Stadtförmeisters über Prävaricationen im fädt. Gebirgswalde Platofch.
9. Ansuchen der fädt. Schneiderei um Vergütung des aus dem bestandenen Sagthornturm gewonnenen Bau-Materials.
10. Entschcheidung des hohen l. ung. Inner-Ministeriums wegen der Holzzufuhr aus dem fädt. Gebirgswalde Schanta.
11. Penfions-Gesuch der Spitals-Verwalters-Witwe Anna Kofel.
12. Ministerial-Erlaß betreffend die Herstellung der Eisenbahn-Zufahrtstraßen.
13. Antrag des fädt. Magistrats auf Erhöhung des Gehaltes für den Stadthauptmann.
14. Bauacten für den Ausbau der Transporthaus-Kajerne.
15. Theater Confections-Gesuche.
16. Pannetation des Mietz-Vertrages über die zur Ackerbauerschule zu verwendenden Localitäten.

Her mannshadt, am 18. Jänner 1870. Bedens m. p., Drator.

Telegr. Wiener Cours vom 17. Jänner 1870.

Table with 2 columns: Item and Price. Items include 5% Metalliques, 5% National-Anlehen, 1860er Staats-Anlehen, Bonifaktien, Creditaktien, London, Eisenb.-Aktien, Prioritäts-Obligationen.

